

Programm der CDU Freiburg zur Kommunalwahl 2024

#EINE STIMME FÜR ALLE



Dieses Kommunalwahlprogramm wurde nach umfangreichen vorbereitenden Beratungen und Diskussionen beim Programmparteitag der CDU Freiburg am 22. März 2024 einstimmig verabschiedet.

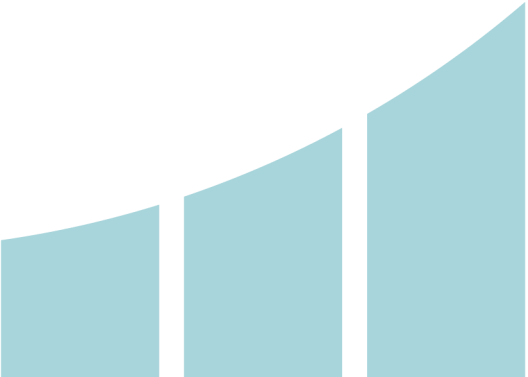
Herausgeber

CDU-Kreisverband Freiburg i.Br.

Eisenbahnstraße 64, D-79098 Freiburg i.Br.

Tel. + 49 (0) 761 / 387 66 20

info@cdu-freiburg.de



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
1. Bildung und Forschung	5
2. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI).....	8
3. Ehrenamt und Hilfsorganisationen.....	9
4. Gesundheit und Pflege	10
5. Kultur und Freizeit	11
6. Landwirtschaft und Tierschutz.....	13
7. Migration und Integration	14
8. Mobilität und Verkehr	15
9. Sicherheit und Ordnung	20
10. Soziales, Familie, Jugend und Senioren.....	21
11. Sport	23
12. Umwelt, Klimaschutz und Energie	25
13. Wirtschaft, Handwerk und Finanzen.....	27
14. Wohnen, Bauen und öffentlicher Raum.....	30
Schlusswort	33
Stichwortverzeichnis	34

Vorwort

Die CDU ist die Partei der Mitte. Auf der Basis unserer Grundwerte Freiheit und Verantwortung sowie Leistung und Solidarität setzen wir uns ein für die freie selbstbestimmte Lebensführung unserer Bürgerinnen und Bürger, immer verbunden mit der Verantwortung für unsere Gesellschaft und unsere Umwelt. Wir setzen auf Leistung des Individuums, die uns Wohlstand, Entwicklung und Innovation bringt. Das verbinden wir mit der Solidarität für die Schwachen, Armen und Kranken, die für ihre Lebensführung Unterstützung und Hilfe benötigen. Wir sind geleitet von christlichen Werten.

Diese Werte übertragen wir auch auf unsere Haltung in der Kommunalpolitik. Wir stehen als Volkspartei für pragmatische, ideologiefreie, sachgerechte und bürgerliche Politik. Wir wollen Freiburg sozial, ökologisch und wirtschaftlich weiterentwickeln – gemeinsam mit und für alle Bürgerinnen und Bürger! Wir belehren und bevormunden nicht, wir führen zusammen und suchen den Ausgleich widerstrebender Interessen in der Stadtgesellschaft. Wir setzen uns mit ganzer Kraft für ein attraktives, familienfreundliches, nachhaltiges, sozial gerechtes und demokratisches Freiburg ein. Dafür benötigen wir eine starke CDU-Fraktion im Freiburger Gemeinderat.

Daher bitten wir Sie: Geben Sie am 9. Juni 2024 Ihre Stimmen den Kandidatinnen und Kandidaten auf der CDU-Liste.

1. Bildung und Forschung

Eine Investition in Bildung ist eine Investition in die Zukunft. Nicht nur angesichts des Bevölkerungswachstums in Freiburg steigt der Bedarf an guten Bildungsangeboten. Deswegen setzen wir uns für eine qualitativ hochwertige und verlässliche Schulkind- und Kitabetreuung mit klaren pädagogischen Konzepten ein.

Frühkindliche Bildung

Frühkindliche Bildung ist ein Schlüssel für die Entwicklung unserer Kinder und damit für die Zukunft Freiburgs. Unser Ziel ist es, jedem Kind in Freiburg den Zugang zu qualitativ hochwertiger frühkindlicher Bildung zu ermöglichen. Wir wollen, dass jedes Kind unabhängig von seinem sozialen Hintergrund gefördert und ihm ein guter Start ins Leben ermöglicht wird. Dies bedingt den weiteren Ausbau von Kita-Plätzen, um den Bedarf aller Familien zu decken. Wir brauchen dazu Träger, die bereit sind diese Einrichtungen zu übernehmen, gut ausgebildetes pädagogisches Personal und, solange der Fachkräftemangel in diesem Bereich fortbesteht, die Unterstützung von Eltern und Unterstützungspersonal, um eine gute Versorgung zu gewährleisten. Wo notwendig, müssen Kitas auch saniert und auf einen zeitgemäßen Ausstattungsstandard gebracht werden.

Schule

Die Stadt Freiburg hat als Schulträger die Aufgabe und Verpflichtung die Schulen sowohl räumlich als auch technisch gut auszustatten. Dank solider Haushaltspolitik in früheren Jahren – auf der Grundlage des CDU-Masterplans - konnten bereits viele Schulen saniert werden – diesen Weg verfolgen wir stringent weiter. Und mit der Digitalisierung aller Schulgebäude, die begonnen wurde, steht uns zwar eine Mammutaufgabe bevor, doch wir sind überzeugt, dass dieser Schritt dringend notwendig ist. Wir setzen uns dafür ein, dass die weitere Ausstattung mit digitalen Endgeräten - hinterlegt mit einem klugen pädagogischen Konzept – so rasch als möglich vollzogen wird. Dabei müssen die Lehrkräfte vom technischen Support durch IT-Fachkräfte der Stadtverwaltung und des Kreismedienzentrums entlastet werden. Zur Umsetzung des Rechtsanspruches auf Ganztagesbetreuung müssen wir pragmatische Vernetzungskonzepte zwischen den Schulen und unseren vielfältigen Vereinsangeboten schaffen.

Hierzu müssen die Vereine mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden. All dies entlastet auch die öffentlichen Kassen.

Die breite, qualitativ hochwertige Bildungslandschaft in Freiburg möchten wir weiter stärken: Lebenslanges Lernen und individuell zugeschnittene Bildungsangebote müssen für jede individuelle Biografie angeboten werden. Gerade auf dem sogenannten zweiten Bildungsweg haben sich unzählige Menschen weiterentwickelt und bemerkenswerte Karrieren erreicht. Die beruflichen Schulen in Freiburg sind ein starker Pfeiler unserer Bildungslandschaft und bedürfen der kontinuierlichen Unterstützung, um unser weltweit geschätztes Angebot der dualen Ausbildung leistungsfähig zu halten. Hier ist ein gewaltiger Sanierungsstau aufgelaufen, der in den nächsten Jahren kontinuierlich abgebaut werden muss. Die Sanierung aller Schulen auf Grundlage der Machbarkeitsstudie muss im Rahmen einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik vorangetrieben werden.

Wir setzen auf unser erfolgreiches dreigliedriges leistungsorientiertes Schulsystem in Baden-Württemberg sowie auf Gemeinschaftsschulen, wenn sie aus der Schulgemeinschaft heraus entwickelt werden.

Dringend benötigt werden in Freiburg heute und in Zukunft Gymnasialplätze. Daher setzen wir uns nachhaltig für ein Gymnasium am Tuniberg ein, wo bisher keine einzige weiterführende Schule steht, um auch den ländlichen Raum besser zu versorgen. Da die Stadt direkt neben dem Tuniberg eine große Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe in Dietenbach plant, wird eine Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe am Tuniberg nicht auf die notwendige Akzeptanz stoßen. Stattdessen würde ein Gymnasium, das breite Akzeptanz bei Eltern und Schülerinnen und Schülern hat, dort sicherstellen, dass möglichst viele Kinder vor Ort in die Schule gehen können. Das muss doch gemeinsames Ziel sein!

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass unsere sonderpädagogischen Schulen besondere Unterstützung erfahren. Insbesondere die Richard-Mittermaier-Schule braucht dringend mehr geeignete Räumlichkeiten, um die vorhandene Zahl an Kindern aufnehmen zu können.

Erwachsenenbildung

Die Erwachsenenbildung wird angesichts des rasanten technischen Fortschrittes und des gesellschaftlichen Wandels immer wichtiger. Die städtische Volkshochschule ist hier ein wichtiger Träger dieser außerbetrieblichen Erwachsenenbildung. Wir möchten nach Möglichkeiten

suchen, niederschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote hier und/oder bei der Stadtbibliothek zu etablieren, soweit nicht die Quartiersbüros in den Quartieren diese Aufgabe übernehmen können. Viele ältere oder bildungsferne Menschen haben Schwierigkeiten bei der Bedienung von IT-Geräten oder im formalen Geschäftsverkehr. Hier wären auch Betätigungsfelder für gelebte Solidarität für ehrenamtliche Helfer, die man fördern könnte.

Hochschulstandort Freiburg, Hochschulpolitik & Wissenschaft

Freiburgs Zukunft ist eng mit der Entwicklung seiner hervorragenden Lehr- und Forschungseinrichtungen, wie z.B. der Universität, den weiteren Hochschulen und den Forschungsinstitutionen (wie z. B. den fünf Fraunhofer- und drei Max-Planck-Instituten) verknüpft. Sie mehrten nicht nur den Ruf Freiburgs als Wissenschafts- und Innovationsstandort, sondern sie tragen mit zahlreichen Ausgründungen und Start-Ups entscheidend zur Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze und zu einem hohen Steueraufkommen bei.

Die CDU Freiburg setzt sich das Ziel, in enger Zusammenarbeit und in Absprache mit den Hochschulen, Instituten und den städtischen Entscheidungsträgern die Stadt Freiburg als eine der attraktivsten Universitätsstädte Deutschlands zu erhalten und auszubauen. Die CDU setzt sich gleichermaßen für die Belange der Studentinnen und Studenten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer ein, deren Studium, Arbeit und Forschungsleistungen für Freiburg prägend sind.

Um die Attraktivität Freiburgs als Hochschulstadt zu steigern, setzen wir uns dafür ein,

- das Studierendenwerk Freiburg (SWFR) zu unterstützen, die Zahl der Wohnheimplätze für Studierende weiter zu erhöhen,
- das Engagement auch Studierender in den Bereichen Sport, Kultur und Soziales zu unterstützen, indem mehr städtische Räume für Aktivitäten angeboten werden,
- die Stadt für die Ansiedelung von Start-Ups und Industrieunternehmen im Kontext der Freiburger Forschungseinrichtung und des Innovationscampus der Universität noch attraktiver zu machen. Der Innovationscampus dient als Transferinstrument für universitäre innovative Forschung in die industrielle Nutzung. Insbesondere die Ansiedlung von innovativen neuen Firmen wird über städtische Programme finanziell gefördert (Bsp. Gründerzentrum).

2. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI)

Unsere Zukunft wird immer digitaler. Wir arbeiten und lernen mobil, planen und optimieren den Energieeinsatz, Vernetzen die Mobilitätsanbieter, automatisieren Prozesse, unterstützen Bildung und Forschung und vieles anderes mehr. Künstliche Intelligenz (KI) ermöglicht z.B. medizinische Diagnosen, eine effizientere Produktion und die Vereinfachung von Verwaltung. Das alles schafft auch mehr Wohlstand. Dieser digitale Fortschritt kann auch zur Lösung der großen Aufgaben wie zum Beispiel der Bewältigung des Klimawandels, des demographischen Wandels und besserer Integration und Bildung beitragen. Ideologisch geprägte Vorbehalte dürfen uns nicht im Wege stehen. Allerdings wollen wir Digitalisierung und künstliche Intelligenz mit klaren Regeln und Transparenz zum Nutzen der Menschen.

Digitale Infrastruktur

Die Digitalisierung bietet enorme Chancen für Freiburg, das Leben der Bürgerinnen und Bürger zu vereinfachen. Wir möchten eine moderne, zukunftsfähige Stadt mit bestmöglicher digitaler Infrastruktur, einer exzellenten Netzabdeckung, digital ausgestatteten Schulgebäuden, einem digitalen Energiemanagement und digital weiter optimierten Verwaltungsprozessen. Konkret brauchen wir einen zügigen, flächendeckenden Ausbau des Glasfaser- und Mobilfunknetzes, um Unternehmen und private Haushalte mit bestmöglichem Internet zu versorgen. Denn für moderne Arbeitskonzepte wie Homeoffice und mobiles Arbeiten ist eine flächendeckende schnelle Internetverbindung zwingende Voraussetzung.

Freiburg geht hierbei mit Bedacht gemäß dem bereits beschlossenen Digitalisierungskonzept des Gemeinderats voran. Die Stadt Freiburg ist beim Bürgerservice durch die Digitalisierung analoger Prozesse bereits gut aufgestellt. Wir setzen uns dafür ein, dass bei dieser Umstellung Prozesse nicht nur 1:1 umgestellt werden, sondern möglichst umfassend und vernetzt zusammengefasst und aus der Sicht des Bürgers weitergedacht werden. Konkret heißt das z.B., dass man bei einem Umzug nicht nur die Ummeldung online erledigen kann, sondern direkt weitere notwendige Maßnahmen, wie KFZ-Ummeldung oder Müll-Anmeldung online erledigt werden können. Die Nutzung von Künstlicher Intelligenz muss auch in der öffentlichen Ver-

waltung Prozesse optimieren und verschlanken und so dem Fachkräftemangel entgegenwirken. So können zum Beispiel eingehende Rechnungen durch KI digital ausgelesen und weiterverarbeitet werden.

3. Ehrenamt und Hilfsorganisationen

Wir halten bürgerschaftliches Engagement auch aus dem christdemokratischen Anspruch heraus für notwendig und wertvoll. Ohne das hervorragende ehrenamtliche Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger wäre unsere Gesellschaft ärmer und vielfältige Aufgaben im Bereich der Pflege, der Kultur, der Feuerwehr und Rettungsdienste, des Sports, der Vereine, der Nachbarschaftshilfe und in nahezu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens könnten nicht erfüllt werden. Sie tragen entscheidend zum Wohlbefinden, zur Lebensqualität und Originalität unserer Stadt bei. Dieses Engagement muss angemessen gewürdigt werden, wie die CDU Freiburg dies exemplarisch durch den alljährlich verliehenen Ehrenamtspreis macht.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die Stärkung der Eigenverantwortung und Unterstützung von Eigeninitiativen,
- die Unterstützung der vielfältigen Vereine mit öffentlichen Zuschüssen und für die Nutzung von öffentlichen Räumen und Bürgerhäusern,
- die Stärkung der Quartiersarbeit, wo die Vereinsstrukturen nicht bestehen, insbesondere für die Nachbarschaftshilfe „Aufsuchende Sozialarbeit“,
- die konsequente Stärkung und den Ausbau des Ehrenamts (z.B. soziale Dienste, Sportvereine, Bürgervereine, kulturelle Vereine, Rettungsdienste, Umweltschutz, Nachbarschaftshilfe usw.). Dies fördert die Integration und die Durchlässigkeit in der Gesellschaft.
- eine durchdachte Bürgerbeteiligung bei kommunalen Entscheidungen durch rechtzeitige Bekanntgabe der Themen und Vorhaben, so dass eine frühzeitige und umfassende Diskussion in der Bürgerschaft ermöglicht wird,
- für eine regelmäßige Evaluierung bestehender freiwilliger städtischer Zuschüsse, um die Mittel sinnvoll und gerecht zuteilen zu können,
- die Inhaberinnen und Inhaber der Ehrenamtskarte, damit sie noch mehr Vergünstigungen erhalten als Wertschätzung für ihr vorbildliches ehrenamtliches Engagement.

Wir unterstützen den Bau des in Baden-Württemberg einzigartigen Rettungszentrums an der Hauptfeuerwache mit der Zusammenführung aller Freiburger Hilfs- und Rettungsorganisationen und versprechen uns davon auch eine angemessene Unterbringung für die ehrenamtlichen Helfer sowie einen deutlichen Effizienzgewinn bei der Zusammenarbeit und gemeinsamen Einsatzvorbereitung. Die hohen Kosten, die die Stadt Freiburg nahezu allein trägt, zeigen auch die hohe Wertschätzung, die wir für unsere Blaulichtorganisationen haben.

Die Feuerwache Freiburg-Kappel muss nach langer Wartezeit in unzumutbaren Arbeits- und Einsatzbedingungen in der nächsten Legislaturperiode gebaut werden. Dies ungeachtet des eventuell notwendigen Baus einer Tages-Feuerwache am Kappler Knoten im Freiburger Osten.

4. Gesundheit und Pflege

Der Standort Freiburg ist im Bereich der Gesundheitsversorgung und auch der Gesundheitswirtschaft ein nationaler Leuchtturm, der auch einen beträchtlichen Anteil an der wirtschaftlichen Prosperität der Region hat. Aber auch die Gesundheitsversorgung mit der hohen Ärztedichte in Freiburg, mit den leistungsfähigen Krankenhäusern und der exzellenten Universitätsklinik ist vorbildlich.

Pflegedienste

Die stationären und ambulanten Pflegedienste in Freiburg müssen angesichts der demografischen Entwicklung gestärkt werden. Wir unterstützen die Erweiterung der Kurzzeit- und Verhinderungspflegeangebote in Freiburg, um pflegende Angehörige und Familien zu entlasten. Zudem können dadurch viele pflegebedürftige Menschen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben.

Der Fachkräftemangel in der Gesundheits- und Pflegebranche wird heute schon durch gezielte Ausbildungs- und Anwerbeprogramme angegangen. Dazu bedarf es bei der Versorgung der Einrichtungen mit ausreichend qualifizierten Fachkräften einer schnellen, unkomplizierten und bürgerfreundlichen Bearbeitung von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnissen von Fachkräften aus dem Ausland. Wir setzen uns dafür ein, dass bei einem behördlichen Bearbeitungsstau eine vorläufige Arbeitserlaubnis nach kurzer Frist in Kraft tritt. Es darf nicht sein, dass leis-

tungswillige und leistungsfähige Fachkräfte zur Untätigkeit verurteilt sind, weil eine Genehmigung zu lange dauert. Auch die Versorgung der Fachkräfte mit bezahlbarem Wohnraum stellt vielfach eine Hürde für den Zuzug nach Freiburg dar und muss im Zuge der Wohnbauoffensive verbessert werden. Wenn sich in systemkritischen Mangelberufen zu große Engpässe auftun, müssen wir die gezielte Vergabe von Wohnungen der Stadtbau an diesen Personenkreis unter finanzieller Beteiligung der Arbeitgeber und Betriebe prüfen.

Drogenkonsumraum

Die Einrichtung eines Drogenkonsumraumes für schwerstabhängige Konsumenten harter Drogen tragen wir aus humanitären Gründen mit. Bei den Pilotprojekten anderer Großstädte haben sie sich bewährt.

5. Kultur und Freizeit

Kultur ist wie wenige andere Themenbereiche in der Lage, Verständnis für unterschiedliche Sichtweisen zu wecken, Generationen zusammen zu führen und nicht zuletzt auch Integration zu fördern. Kultur stärkt den Zusammenhalt der Bürgerschaft, fördert Gemeinschaft, sie bereichert den Alltag und prägt die Stadt und die Region.

Wir stehen für eine breite und vielfältige Kunst- und Kulturlandschaft in Freiburg. Diese umfasst unter anderem so bedeutende Pfeiler wie die Musik, die darstellenden und bildenden Künste und die zahlreichen Freiburger Museen. Kurzum: Unseren politischen Gestaltungsauftrag sehen wir in der Sicherung und Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen, in der Unterstützung kulturellen Schaffens und der Bewahrung des kulturellen Erbes.

Die Feste und Veranstaltungen, die unsere Vereine übers Jahr und an der Fasnacht veranstalten, tragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zu einer liebenswerten Stadt bei. Deshalb müssen diese Ehrenamtler von der Stadt unterstützt werden. Bei Antrags-, Haftungs- und Genehmigungsverfahren dürfen sie nicht als Bittsteller und Gebührenpflichtige behandelt, sondern müssen aktiv beraten und unterstützt werden. Gebühren und andere Kosten sollen durch den von der Stadt Freiburg eingerichteten Fonds für Feste und Veranstaltungen auf ein für die Akteure verträgliches Maß gesenkt werden.

Das Münster ist ein einzigartiges Kulturdenkmal und Freiburgs Wahrzeichen, das die Bürgerinnen und Bürger Freiburgs einst als Bürgerkirche geschaffen haben und das wir heute erhalten müssen. Der jährliche Zuschuss der Stadt Freiburg an den Münsterbauverein zum Erhalt des Münsters ist im Vergleich mit anderen Kultureinrichtungen gering und muss im Zusammenspiel mit dem Land und dem Bund so erhöht werden, dass der langfristige Erhalt der Münsterbauhütte gewährleistet ist.

Ein neues Zuhause für die Musikschule

Die Freiburger Musikschule mit über 3.000 Schülerinnen und Schülern leistet außerordentlich engagierte Arbeit für die Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt, zieht aber seit Jahren von Provisorium zu Provisorium. Die akute Raumnot wird mit der Ausweitung der Ganztagsbetreuung in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Die Musikschule benötigt daher dringend ein neues Zuhause und steht vor der existenziellen Frage, ob sie ihren Betrieb überhaupt weiterführen kann. Es ist offensichtlich, dass ein eigenes Haus für ein Weiterbestehen der Musikschule essenziell ist. Die Musikschule soll dauerhaft in einem angemessenen Gebäude untergebracht werden!

Mit einem neuen Zuhause für die Musikschule, das idealerweise in der Innenstadt gefunden werden sollte, will die CDU nicht nur ein Zeichen für Musik, Kultur und kreative Bildung in Freiburg setzen. Von einer konstanten Wahrnehmbarkeit und Identifikation einer so wichtigen Bildungsinstitution im Stadtbild würde auch die Innenstadt profitieren, wenn wöchentlich nur die Hälfte der 3.000 Musikschülerinnen und -schüler zu einer Zentrale in die Innenstadt käme.

Ein umfassendes Festivalkonzept für Freiburg

Die CDU-Initiative eines Festivalkonzepts zielt darauf ab, gemeinsam zu überlegen, die Sichtbarkeit einzelner Festivals zu erhöhen und somit die Kulturszene in Freiburg noch mehr Freiburgerinnen und Freiburgern zu eröffnen. Eine Idee könnte ein zentrales Marketing mit gemeinsamem Flyer oder einer Website mit einer Übersicht der einzelnen Festivals sein. So könnten bestehende und neue Festivals zusammen wahrgenommen werden, ohne dass diese ihre Selbstständigkeit aufgeben müssten. Eine Bekanntmachung der vielen verteilten Spielorte in der Stadt könnte zudem über die Festivals hinaus zur Unterstützung unserer Freiburger Kulturlandschaft beitragen. Mit einem städtischen Festivalkonzept möchten wir nicht nur die

Festivalszene in Freiburg stärken, sondern auch die Sichtbarkeit der zahlreichen Einrichtungen erhöhen.

Die Münsterplatzkonzerte haben sich bewährt und sind sehr gut angenommen worden. Sie müssen fortgeführt werden. Wir setzen uns dafür ein, eines dieser Konzerte aus dem Genre der Volksmusik anzubieten.

6. Landwirtschaft und Tierschutz

Landwirtschaft

Freiburg hat in seinen Ortschaften eine florierende Landwirtschaft, die neben der gesunden Lebensmittelversorgung auch einen guten Beitrag zum Erhalt der Biodiversität und zur Landschaftspflege leistet. Die Bäuerinnen und Bauern brauchen unsere Unterstützung durch den Kauf regional angebauter Produkte in unseren Läden und auf den Märkten. Es ist umweltschädlich und unsolidarisch, immer nur nach den billigsten Produkten im Regal zu greifen, die oft lange Transportwege hinter sich haben und mit deutlich schlechteren Umweltstandards angebaut wurden als die unserer landwirtschaftlichen Betriebe. Wir unterstützen zudem die Versorgung der städtischen Kantinen, Betriebe, Schulen und Kitas mit regional angebauten Lebensmitteln.

Die Umwidmung landwirtschaftlicher Flächen für Wohnungsbau und Gewerbeansiedlung ist ein großes Konfliktfeld, das die CDU unter sorgfältiger Abwägung der widerstreitenden Interessen für jedes einzelne Projekt im Blick hat und von Fall zu Fall verantwortungsvoll entscheidet.

Die Agri-Photovoltaik kann eine Chance für die Landwirtschaft sein, wenn unter aufgeständerten Modulen weiterhin eine landwirtschaftliche Nutzung möglich ist. Auf die Nutzung wertvoller landwirtschaftlicher Flächen sollte aber verzichtet werden, solange noch nicht alle Dächer, Brachflächen, Randflächen an und Überdachungen von Verkehrswegen und andere versiegelte Flächen und Baggerseen mit Photovoltaik belegt sind.

Der Münstermarkt und die Stadtteilbauernmärkte dienen nicht nur der Bevölkerung mit regional erzeugten Lebensmitteln, sondern sie sind auch beliebte Treffpunkte für die Bevölkerung und touristische Anziehungspunkte und sind deshalb unbedingt förderungswürdig.

Tierschutz

Der Tierschutz ist für uns auch aus Respekt vor der Schöpfung wichtig. Ein sehr gelungenes Projekt der vergangenen Jahre ist das Taubenschutzkonzept, das aus Weingarten Eingang in die Stadt gefunden hat. Das tierfreundliche Konzept der Taubenhäuser ist praktizierter Tierschutz als echte „win-win“-Situation, weil auf der einen Seite eine artgerechte Ernährung und Begrenzung der Population erfolgt und auf der anderen Seite Gebäude und Plätze vor Taubendreck geschützt werden. Die Aufwendungen werden durch die Einsparungen bei der Stadt- und Gebäudereinigung vollständig kompensiert. Wir befürworten die Ausweitung des Konzeptes auf die gesamte Stadt.

7. Migration und Integration

Migration nach Deutschland und Freiburg nimmt seit vielen Jahren ständig zu und ist eine zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung. Für die CDU Freiburg ist die Hilfe und Unterstützung für Asylsuchende und Flüchtlinge aus Kriegs- und Bürgerkriegsländern auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes eine Selbstverständlichkeit. Wir begreifen Migration zugleich als Herausforderung und Chance. Einerseits gilt es, eine unkontrollierte Einwanderung zu verhindern, die unsere Kommunen und unsere Sozialsysteme überfordert und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sprengt. Wir unterstützen daher den EU-Asylkompromiss, der eine Durchführung beschleunigter Asylverfahren direkt an den Außengrenzen der EU vorsieht, sodass nur Menschen mit Bleibeperspektive nach Deutschland einreisen können. Wir treten als Europapartei weiterhin für die Freizügigkeit des Personen- und Güterverkehrs ohne Grenzen in Europa ein, befürworten aber aktuell stärkere Grenzkontrollen und konsequente Rückführungen unbedingt ausreisepflichtiger Personen. Andererseits beleben die Zuwanderer unsere Gesellschaft und Freiburg benötigt dringend qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland, um offene Stellen in diversen Branchen von Pflege bis IT besetzen zu können. Wir sprechen uns daher für gezielte Fachkräfteanwerbung aus dem Ausland aus, einschließlich der Schaffung entsprechender Beratungsangebote und einer allgemeinen Willkommenskultur. Diese beiden Schienen der Migration müssen allerdings strikt getrennt bleiben. Die Masseneinwanderung ist keine Lösung für den Fachkräftemangel. Die Zuwanderung von qualifizierten Menschen, der Erwerb der deutschen Sprache und die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit sind notwendige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die Etablierung einer Willkommenskultur in den Behörden und der Gesellschaft,
- die zügige Durchführung der Verfahren der Überprüfung und Anerkennung der Bleibeberechtigung und der Anerkennung der beruflichen Qualifikation.
- eine wirksame Unterstützung von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen für eine gelingende Integration,
- die schnellstmögliche Zulassung der Arbeitsaufnahme,
- die konsequente Abschiebung von Ausländern, die schwere oder zahlreiche Straftaten begangen haben in Abstimmung mit dem „Sonderstab gefährliche Ausländer“ beim Regierungspräsidium,
- die Möglichkeit, dass Flüchtlinge und Asylbewerber, die bereits länger in Deutschland leben und einen Duldungsstatus besitzen, nach einer Einzelfallprüfung schnell eine schulische oder berufliche Ausbildung beginnen oder eine berufliche Tätigkeit aufnehmen können,
- für eine sinnvolle Tagesstruktur unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, die das Erlernen der Sprache sowie eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung beinhaltet.

8. Mobilität und Verkehr

Mobilitätspolitik

Wir setzen uns für eine ausgewogene und vernünftige Mobilitätspolitik ein, bei der alle Verkehrsarten angemessen Berücksichtigung finden. Dabei hat der öffentliche Personenverkehr Vorrang vor den anderen Verkehrsarten. Die Zukunft liegt in der digitalen Vernetzung aller Mobilitätsanbieter und Nutzer, angefangen über Leihfahrräder, verschließbare Parkstände, E-Motorroller, Carsharingangebote, über alle Angebote des ÖPNV bis hin zu der aktuellen Auslastung der Verkehrsmittel, dem Anzeigen von Staus und Verspätungen und der aktuellen Auslastung der Parkplätze und Parkhäuser. Dann kann Jede und Jeder das für seine Bedürfnisse richtige Verkehrsmittel jeweils aktuell wählen.

Die nicht notwendige und ideologisch bedingte Verdrängung und Vergrämung der Autos aus der Stadt tragen wir nicht mit. Auch die übermäßige Erhöhung der Parkgebühren im öffentli-

chen Raum und der Bewohnerparkgebühren wollen wir verhindern. Bewohnerparkzonen werden ausgewiesen, um den Bewohnerinnen und Bewohnern in bestimmten Gebieten ein Recht auf Parken einzuräumen und an diesen Stellen ortsfremdes Parken über die Gebührenerhebung abzuhalten. Aus diesem Grunde gibt es diese Zonen nur in bestimmten Gebieten mit hohem Parkdruck. Natürlich sollte die Nutzung öffentlicher Flächen durch das Abstellen von Autos einen angemessenen Preis haben. Aber 180 € im Jahr für Anwohner sind mehr als genug. Einer weiteren Erhöhung werden wir uns entgegenstellen. Dabei ist zu bedenken, dass viele Bewohner wegen ihrer Wohnung in der verdichteten Stadt keine Alternative zum Abstellen ihres Fahrzeuges im öffentlichen Raum haben. Das bevorrechtigte Handwerkerparken sollte für Handwerksbetriebe „im Einsatz“ einfacher und unbürokratischer organisiert werden. Der weitere Ausbau des Radvorrangnetzes RadNetzplus in der Stadt und die Radschnellwegverbindungen in das Umland sind sinnvoll und notwendig und werden auf der Basis der bereits vorliegenden Planungen von uns unterstützt. Dabei sind bei der Konkurrenz der Verkehrsflächen mit anderen Nutzungen vernünftige Kompromisse zu finden.

Wir wollen auf den Hauptverkehrs- und Verbindungstraßen in Freiburg wegen des Verkehrsflusses weiterhin Tempo 50 zulassen. Tempo 30 immer dort, wo aus Sicherheits-, Umweltschutz- und Lärmschutzgesichtspunkten diese reduzierte Geschwindigkeit notwendig und sinnvoll ist. Gerade auch in Wohngebieten und verkehrsberuhigten Bereichen ist Tempo 30 weitgehend akzeptiert.

Fußgänger

Bei der weiteren Neuordnung des Verkehrsraums und beim notwendigen weiteren Ausbau der Radwege müssen insbesondere auch Fußgänger und mobilitätseingeschränkten Personen den notwendigen Raum und mehr Sicherheit eingeräumt bekommen. Auch die Barrierefreiheit muss im Rahmen von Neubauten gewährleistet sein und an priorisierten Stellen müssen Nachbesserungen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten erfolgen.

Wir begrüßen den vermehrten Aufbau von Sitzgelegenheiten in der Stadt und befürworten den Ausbau insbesondere an Plätzen und Grünanlagen mit hoher Aufenthaltsqualität.

Die Sicherheit der Fußgängerinnen und Fußgänger ist häufig auch durch das Verhalten rücksichtsloser Radfahrer gefährdet. Deshalb sollte die Verkehrspolizei häufiger auch Radfahrer kontrollieren und dem städtischen Vollzugsdienst muss über eine Rechtsänderung die Erlaubnis eingeräumt werden, auch im fließenden Verkehr Kontrollen vornehmen zu dürfen.

Ausbau des Schienen- und Stadtbahnnetzes

Wir haben als Stadt Freiburg im Verbund mit den Landkreisen Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen enorme Finanzmittel in den Ausbau des Schienennetzes auf der Kaiserstuhl- Höllental- und Elztalbahn investiert. Umso ärgerlicher ist es, dass die Regio-S-Bahn zwischen Breisach und Neustadt sowie zwischen Müllheim und Elzach aktuell massive Qualitätsdefizite aufweist. Fehlendes Wagenmaterial und fehlendes Personal führen zu massiven Komfort- und Zuverlässigkeitseinschränkungen, die die Akzeptanz des Schienen-Personenverkehrs massiv beeinträchtigen. Wir wirken weiterhin über unsere Vertretung im Zweckverband Regio-Verkehr-Freiburg ZRF auf das Landesverkehrsministerium und die Deutsche Bahn ein, diese Defizite schnellstmöglich und umfassend zu beseitigen.

Als zentraler Ankunftsort für Reisende aus dem Fernverkehr und Pendler aus der Region kommt dem Freiburger Hauptbahnhof ein besonderer Stellenwert zu. Wir setzen uns deswegen für einen einfachen, barrierefreien sowie funktionierenden Zugang zum Bahnhof und Umstieg zwischen Bahn, Straßenbahn und Bus ein.

Freiburg hat schon jetzt ein hervorragend ausgebautes von der VAG betriebenes ÖPNV-Netz. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt tragen die Kosten dieses hohen Standards durch jährliche Zuschüsse an die VAG von ca. 40 Millionen Euro im Jahr 2024. Dieses Netz soll sukzessive im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten weiter ausgebaut werden. Dabei ist es unabdingbar, auch Unterstützung vom Land und vom Bund einzufordern.

Der Ausbau der Stadtbahnlinie 1 Littenweiler bis zum Kappler Knoten dient nicht nur einer besseren Anbindung des Stadtteils Littenweiler an das Stadtbahnnetz, sondern schafft auch durch zwei zusätzliche Bahnübergänge eine bessere Verbindung des Stadtteils über die Bahnlinie hinweg. Es handelt sich um ein regionales Verkehrsprojekt, das dem aus dem Osten, dem Dreisamtal und dem Schwarzwald in die Stadt kommenden PKW-Verkehr eine Parkmöglichkeit in einem Parkhaus und den Umstieg auf die Stadtbahn ermöglicht. Auch der Umstieg von der Höllentalbahn auf die Stadtbahn am Bahnhof Littenweiler wird unkompliziert möglich.

Dies entlastet die östlichen Stadtteile bis hin zur Innenstadt von viel Parksuch- und Pendlerverkehr und schafft dort mehr Raum für die Bewohner. Durch die Stationierung von Carsharingfahrzeugen ist sowohl für Berufs- als auch Freizeitpendler der Umstieg auf ein Fahrzeug in Richtung Dreisamtal und Schwarzwald unkompliziert möglich.

Der Lückenschluss im Netz vom Europaplatz bis zur Breisacherstrasse, über den Friedrich-ring und die Straße zur Unterführung, schafft eine zweite Ost-West-Verbindung der Straßenbahnlinien über die Bahngleise. Dadurch wird insbesondere die stark belastete Stadtbahnbrücke entlastet und für den dortigen Engpass gibt es bei Verkehrsstörungen eine Umfahrung. Die frühzeitige Einbindung des neuen Stadtteils Dietenbach in das Stadtbahnnetz ist unverzichtbar für ein umweltfreundliches Mobilitätskonzept.

Eine Machbarkeitsstudie für eine Straßenbahnverbindung des Stadtteils Sankt Georgen steht schon seit vielen Jahren an und muss jetzt realisiert werden. Dies insbesondere auch, weil weitere Bauvorhaben in St. Georgen durch eine Machbarkeitsstudie für eine mögliche Trassenführung abgestimmt werden müssen.

Schnellbusverkehr

Der erprobte und jetzt ausgebaute Schnellbusverkehr von den Tuniberg-Ortschaften direkt in die Innenstadt verkürzt die Fahrzeiten beträchtlich, hat sich bewährt und soll beibehalten werden. Gleiches ist auch für Hochdorf zu prüfen.

Stadttunnel

Die CDU setzt sich für die weitere Planung und den Bau des Stadttunnels vom Ganter Knoten bis zur Kronenbrücke ein. Dieser wird aus Bundesmitteln finanziert. Dadurch werden 60 - 80 % des PKW- und 75 - 90% des LKW-Verkehrs unter Freiburg durchfahren, was die Stadt massiv von den Verkehrsproblemen der B 31 entlastet. Dies schafft Raum für die Erweiterung der Innenstadt an die Dreisam und lässt eine städtebaulich anspruchsvolle Freiraumplanung zu.

Anschluss Bebelstraße in Hochdorf

Im Einvernehmen mit der Ortschaft Hochdorf fordert die CDU die zügige Planung und Verwirklichung des seit Jahrzehnten versprochenen Anschlusses des Gewerbegebiets Hochdorf an die Autobahnanschlussstelle Freiburg-Nord über die Verlängerung der Bebelstraße. Der Anschluss muss unabhängig von der Finanzierungsregelung mit der Deutschen Bahn vor Beginn der Bauarbeiten der neuen Rheintalbahn fertiggestellt werden.

B3-neu Umfahrung Zähringen

Bereits seit Ende der 1970er Jahre ist zur Verkehrsentslastung von Zähringen und der gesamten Nordstadt die Bündelung des Verkehrs auf der B3 stadtein- und -auswärts auf der Isfahanallee und ein neuer Anschluss der B3 an die Zinkmattenstrasse im Industriegebiet Nord geplant. Nach dem Abschluss notwendiger Vorarbeiten in 2023 ist der Baubeginn nunmehr für 2026 vorgesehen. Wir setzen uns dafür ein, diese Umfahrung zu priorisieren und auch die damit verbundenen städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen rund um die Zähringer- und Waldkircherstrasse baldmöglichst zu realisieren. Dieser Umbau ermöglicht auch, die Radvorangrouten über die Isfahanallee nach Norden fortzuführen und für den Radverkehr aus Emmendingen und Vörstetten eine besser ausgebaute nordwestliche Route in die Stadt zu erschließen. Das führt zu einer beträchtlichen Entlastung des aus Nordosten über Zähringen in die Stadt führenden Radschnellwegs 6 (RS 6) aus Richtung Denzlingen/Waldkirch.

Erhalt des Flugplatzes

Die CDU Freiburg setzt sich für den Erhalt des Flugplatzes in Freiburg über das Jahr 2031 hinaus ein. Der Flugplatz ist ein wichtiger Baustein unserer Verkehrsinfrastruktur. Für den dort stationierten Rettungshubschrauber Christoph 54 und für Organtransplantationsflüge an die Universitätsklinik Freiburg ist er unverzichtbar. Aufgrund des neuen GPS-gesteuerten Instrumentenanflugverfahrens können die Organtransplantationsflüge nun rund um die Uhr mit ihrer lebenserhaltenden Fracht direkt auf dem Flugplatz Freiburg landen. Daneben ist der Flugplatz Ausgangs- und Zielflugplatz für Geschäftsflüge und auch für Flüge des SC Freiburg und von Bundesligavereinen direkt vom und zum Stadion.

Der Flugplatz ist aber auch ein hervorragender Biodiversitätsstandort. Er ist einer von zwei überregional bedeutsamen urbanen Habitat-Komplexen in Freiburg von höchster Artenschutzrelevanz. Diesen gilt es zu erhalten. Die Frischluftschneise schafft gutes Klima im Freiburger Westen und in der Stadt und minimiert die Aufheizung der Stadt gerade in Zeiten des Klimawandels. Eine Wohnbebauung wäre ohnehin aufgrund der Nähe zum Stadion baurechtlich ausgeschlossen.

9. Sicherheit und Ordnung

Freiburg ist eine junge, lebendige Stadt. Naturgemäß kommt es in der Stadtgesellschaft immer wieder zu Nutzungskonflikten. Müll, Lärm und vor allem nächtliche Ruhestörungen sorgen seit Jahren für Zündstoff an beliebten Freiburger Treffpunkten. Toleranz und Weltoffenheit ohne Sicherheit und Ordnung sind aber nicht möglich – beide sind vielmehr unabdingbare Voraussetzungen für ein geordnetes Zusammenleben. Wir setzen deshalb auf Konfliktmoderation, klare Regeln und wo nötig auf einen konsequenten Vollzug.

Schon seit vielen Jahren hat sich die CDU für einen leistungsfähigen und kompetenten kommunalen Vollzugsdienst eingesetzt. Nach einer massiven Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls nach dem Dreisam-Mord im Jahr 2016 wurde im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft mit dem Land der Vollzugsdienst mit 12 Stellen eingeführt. Er hat sich bewährt und bei der Bevölkerung viel Zuspruch gefunden, weshalb er in einer zweiten Auflage der Sicherheitspartnerschaft um 6 Stellen verstärkt wurde. Auch aus den Stadtteilen wurde immer wieder gefordert, dass der Vollzugsdienst auch bei ihnen nach dem Rechten sieht. In einer nicht nachvollziehbaren Entscheidung hat der Gemeinderat diesen Vollzugsdienst wieder um 6 Stellen gekürzt. Diese Personalkürzung wird den Anforderungen der Stadt Freiburg an den Vollzug der städtischen Ordnungsregeln nicht gerecht. Erst durch ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg war der Oberbürgermeister gezwungen, zur geforderten Durchsetzung der städtischen Polizeiverordnung wieder 11 zusätzliche Stellen für den kommunalen Vollzugsdienst ohne formale Beteiligung des Gemeinderates auszuweisen. Im Vergleich mit anderen Großstädten ist dies allerdings immer noch eine unterdurchschnittliche Personalausstattung.

Wir stellen ein strukturelles Vollzugsdefizit im gesamten Stadtgebiet und eine hohe Beschwerdelage in den letzten Sommern fest. Vor allem Anwohnerinnen und Anwohner beliebter öffentlicher Plätze sind die Leidtragenden. Eine konsequente Durchsetzung auch der Nachtruhe ist unter diesen Bedingungen nicht möglich.

Die CDU hat daher ein Stufenmodell zur Konfliktlösung im öffentlichen Raum bei der Stadt beantragt, das ein kooperatives, moderierendes Konfliktmanagement umfasst. Die Stadtverwaltung hat aufgrund dessen ein Konzept für den Öffentlichen Raum vorgelegt. Im Amt für Öffentliche Ordnung werden derzeit die Bereiche Platzmanagement und Konfliktprävention gebündelt bearbeitet und Nachtmediatoren sollen Konflikte erkennen und vor Ort möglichst

deeskalierend wirken. Die Nachtmediatoren und die Umgestaltung öffentlicher Plätze sind überfällige Maßnahmen. Durch die gezielte Aufwertung von Parks und Plätzen müssen Räume geschaffen werden, in denen ein respektvolles Miteinander von Feierenden und Ruhebedürftigen gelingen kann.

Ein weiterer Baustein für die Entschärfung von Nutzungskonflikten in Parks ist die 2023 vom Gemeinderat beschlossene Parkanlagensatzung. Die Satzung stellt für ausgewählte Parks eindeutige Regeln für einen respektvollen Umgang auf und präzisiert punktuell die Polizeiverordnung. Mit dem Verbot von Instrumenten, Lautsprechern und Musikboxen zwischen 23:00 Uhr und 6:00 Uhr setzt sie klare Regeln gegen nächtliche Ruhestörungen fest. Die neue Satzung verbietet weder das Feiern noch soll sie junge Menschen aus dem öffentlichen Raum verdrängen. Wir fordern die Durchsetzung der Satzung und einen gesicherten Vollzug immer dann, wenn die Mediation nicht den gewünschten Erfolg erzielt.

Kriminalität

Die Stadt Freiburg ist seit vielen Jahren ein Kriminalitätsschwerpunkt. Wir fordern gemeinsam mit der Freiburger Polizei eine personelle Verstärkung der Landespolizei im Stadtgebiet, um sowohl die Prävention von Straftaten als auch deren schnelle Aufklärung zu ermöglichen. Auch erwarten wir als Gesellschaft von der Strafjustiz eine schnelle und konsequente Ahndung krimineller Delikte und begrüßen den Freiburger Modellversuch des beschleunigten Strafverfahrens.

Der Einsatz von präventiven Videokameras in der Freiburger Innenstadt, insbesondere an Kriminalitätsschwerpunkten, hat sich bewährt, sowohl was die Verhinderung von Straftaten als auch deren schnelle Aufklärung angeht.

10. Soziales, Familie, Jugend und Senioren

Eine prosperierende Wirtschaft mit guten Steuereinnahmen versetzt uns in die Lage, die Schwachen in unserer Gesellschaft angemessen zu unterstützen. Das ist ein Kernelement unserer sozialen Marktwirtschaft und unabdingbar notwendig zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft und zum Erhalt des sozialen Friedens. Gerade die Schwächsten in unserer Gesellschaft brauchen diese Unterstützung. Immer wieder zeigt sich auch, wie schnell man unver schuldet in Krankheit, Wohnungslosigkeit und soziale Not geraten kann.

Freiburg beweist großen Einsatz und enorme Vielfalt bei der Hilfe für Menschen in den unterschiedlichsten schweren Lebenslagen – die Palette an Einrichtungen und Initiativen ist groß, egal, ob der Einsatz privat, öffentlich oder auch ehrenamtlich ist. Diesen sozialen Bereich weiter zu stärken, ist uns ein großes Anliegen. Die Hilfe muss dort ankommen, wo sie benötigt wird. Die CDU-Fraktion setzt seit 15 Jahren aus Überzeugung einen Schwerpunkt ihrer Arbeit bei der Hilfe für wohnungslose Menschen. Dabei ist uns wichtig, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten und die Betroffenen dabei zu unterstützen, in absehbarer Zeit für sich selbst sorgen zu können. Wir unterstützen dabei die Vergabe eines städtischen Grundstückes an die Stadtbau, damit diese dort ein Wohnhaus für obdachlose Menschen errichtet.

Familie, Kinderbetreuung, Jugend und Senioren

Der generationsübergreifende Zusammenhalt ist uns ein besonderes Anliegen. Deshalb wollen wir ihn nach Kräften fördern.

Für unsere Kinder sind eine qualitativ hochwertige Betreuung und beste Bildung wichtige Bausteine in der Entwicklung. Frühe Förderung verringert Unterschiede sozialer Herkunft und hochwertige Betreuung unterstützt Eltern dabei, Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können. Wir setzen uns daher ein für

- ein gutes Angebot zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hierzu gehört ein verbessertes am Wohn- und Arbeitsort orientiertes Vergabesystem der Kita- und Kindergartenplätze und eine differenzierte soziale Staffelung der Kindergartengebühren, wie in 2024 erfolgt,
- Organisationen und Vereine, die Jugendarbeit leisten, und gewähren finanzielle Unterstützung,
- die Einrichtung von attraktiven Plätzen, Treffs und Räumen für Aktivitäten für Jugendliche und von Jugendlichen,
- den Erhalt des Sommerferienprogramms für Kinder und Jugendliche,
- ein Pilotprojekt gegen soziale Vereinsamung, in dem Jung und Alt voneinander profitieren können.

Es gibt noch zu wenig Möglichkeiten und Plätze für unsere Jugend zum ungestörten Feiern im öffentlichen Raum. In einer eng bebauten Stadt führt das oft zu Nutzungskonflikten mit ruhebedürftigen Nachbarn. Das städtische Platzmanagement muss hier in einer aktiven Suche alle Optionen prüfen, um auch den Jugendlichen ihren Anspruch verwirklichen zu können. Dazu gehört auch die Öffnung von Schulhöfen und Spielplätzen zu festgelegten Zeiten.

Wir wollen eine breite Teilhabe an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in der Stadt für alle Altersgruppen ermöglichen.

Die Seniorenpolitik soll sich an einem langen selbstbestimmten Leben im gewohnten Quartier und Stadtteil als Ziel orientieren. Wir unterstützen das bürgerschaftliche Engagement, das sich zielgerichtet für die Belange älterer Menschen einsetzt. Die Mitwirkung und das Engagement der Vertreter in den Gremien, wie z.B. des Stadtseniorenrates, welche die Sicht der "Älteren" in die kommunalen Entscheidungen wirkungsvoll einbringen, unterstützen und fördern wir.

Wir fördern selbstverständlich die Digitalisierung nach Kräften und setzen uns aber auch dafür ein, dass der „analoge Teil“ der Bevölkerung weiterhin Zugang zu allen öffentlichen Dienstleistungen hat.

Stiftungen

Stiftungen haben eine lange Tradition und gehören zu den großen Kontinuitäten auch in der Stadt Freiburg. Wir sehen Stiftungen als Instrument der gesellschaftlichen Integration. Durch das Vermögen, das auf Dauer erhalten bleibt, werden Erträge auch für soziale, kulturelle und Projekte und Förderungen entsprechend dem Stifterwillen ausgegeben. Ohne diese Stiftungserträge müsste manche sinnvolle Förderung oder kulturelles, soziales Projekt in der Stadt Freiburg gestrichen oder könnte nur in einem begrenzten Umfang umgesetzt werden. Die CDU Freiburg unterstützt alle kommunalen bzw. gemeinnützigen Stiftungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Gemeinwohls.

11. Sport

Freiburg ist eine Stadt des Sports. Viele Freiburgerinnen und Freiburg sind sportlich aktiv und nutzen das vielfältige Angebot der Sportvereine unserer Stadt, die weitgehend ehrenamtlich

geführt und betrieben werden. Sport ermöglicht soziale Teilhabe, er fördert Integration, verbindet Menschen und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Für die CDU ist es unerlässlich, dass die Stadtverwaltung den vielen Sportvereinen die bestmöglichen Entwicklungschancen bietet. Viele Vereine können nicht mehr alle Interessierten aufnehmen. Vielfach sind die Kapazitätsgrenzen längst erreicht und manchmal überschritten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass ausreichend Sportflächen und -hallen in Freiburg zur Verfügung stehen. Die Sportvereine betreiben eine hervorragende Jugend- und Integrationsarbeit. Hier lernen viele Kinder und Jugendliche die Regeln des sozialen Zusammenlebens, das Integrieren in ein Team sowie den Lohn von Leistung mit Erfolg, aber auch den Umgang mit Misserfolg und Frustration. Die ehrenamtlichen Übungsleiter erbringen hierbei einen enormen positiven Beitrag für das gesellschaftliche Zusammenleben und benötigen insgesamt mehr Unterstützung. Seit Jahren diskutieren Stadtverwaltung, Sportvereine und Gemeinderat darüber, wie die städtischen Sportflächen verteilt, erweitert und neugestaltet werden können. Der jetzt vorliegende Sportentwicklungsplan für Freiburg zeigt Optionen auf. Für eine konkrete Umsetzung muss ein überzeugendes Gesamtkonzept entwickelt werden, das die komplexen Bedarfe unter Beachtung der finanziellen Ressourcen miteinander in Einklang bringt.

Selbst wenn sich für den Freiburger Osten nun eine Lösung abzeichnet, so ist doch ein zeitgemäßes und modernes gesamtstädtisches Konzept notwendig, um den Breitensport besser zu fördern. Zwar ist es Ziel der städtischen Sportpolitik, Vereine bei der Erfüllung ihrer Aufgaben durch eine ausgewogene finanzielle Förderung zu unterstützen. Doch sieht die CDU in Freiburg trotz der seit 2018 angepassten Förderrichtlinien – mit Ausnahme der Kunstrasenförderung – zu wenig Fortschritt in der gesamten sportpolitischen Entwicklung. Wir haben daher einen Sportinvestitionsfonds vorgeschlagen, mit dem das Sportreferat zügig und unkompliziert notwendige Investitionen der Vereine in ihre Gebäude und Anlagen fördern kann. Leider fand die Initiative der CDU-Fraktion im aktuellen Gemeinderat keine Mehrheit. Wir werden im nächsten Gemeinderat den Vorstoß erneut unternehmen. Über dieses Konzept hinaus wird sich die CDU weiter für größere Investitionen in den Sportbereich einsetzen, damit Vereine ihre Gebäude sanieren und in ihre Sportflächen investieren können, um ihren wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben besser nachkommen zu können.

Mit dem anstehenden Umzug des Mädchen- und Frauenfußballs des SC Freiburg in das Dreisamstadion kann das große Sportareal im Freiburger Süden neu geordnet werden und vielen

Sporttreibenden eine neue Heimat bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass bereits jetzt mit den Planungen begonnen wird, damit die freiwerdenden Flächen zügig genutzt werden.

Auch im Freiburger Norden fehlt es an ausreichenden Sportflächen. Alemannia Zähringen braucht dringend weitere Sportflächen, ist sie doch der einzige Sportverein im Freiburger Norden mit einem kapazitätsbedingten Aufnahmestopp für Kinder und Jugendliche. Deshalb drängen wir weiter darauf, das beim Bürgerhaus Zähringen liegende ehemalige Gärtnerengelände durch den benachbarten Sportverein Alemannia Zähringen für sportliche Aktivitäten zu nutzen. Die Zeit, in der die Fläche anderweitig zur Flüchtlingsunterbringung genutzt wird, muss deshalb schon jetzt zur Planung und Vorbereitung für die dauerhafte sportliche Nutzung verwendet werden. Eine zeitnahe Anschlussnutzung ist schon jetzt zu planen, damit keine unnötigen Verzögerungen auftreten.

12. Umwelt, Klimaschutz und Energie

Wir unterstützen das Ziel der Stadt Freiburg, bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu sein. Dabei sehen wir die größten Potentiale im Ausbau der CO₂-neutralen Energieerzeugung, in der Energieeinsparung und in der Wärmeversorgung. Durch den derzeit zügigen Ausbau der klimaneutralen Nahwärmenetze im Freiburger Westen und die umfassende Nutzung der Tiefengeothermie durch die Badenova erreichen wir enorme CO₂-Einsparpotentiale. Auch der eingeleitete und fortschreitende massive Ausbau der klimaneutralen Energieerzeugung durch Photovoltaik, Bioenergie, Wasser- und Windkraft leistet wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz.

Die Stadt Freiburg hinkt aber aus finanziellen und personellen Gründen beim Ausbau der Photovoltaik auf eigenen Gebäuden hinterher. Soweit die Stadt wegen fehlender Finanzmittel die Belegung geeigneter städtischer Dächer und Flächen in der langfristigen Planung nicht bis 2030 vollständig vornehmen kann, muss sie die freien Flächen jetzt schon an Genossenschaften und Bürgerprojekte verpachten, damit der zügige Ausbau mit privaten Finanzen erfolgen kann. Im Bereich der Mobilität wird die fortschreitende Elektrifizierung des Individualverkehrs und insbesondere die Ausstattung des ÖPNV durch E-Busse den Fortschritt bringen, sofern auch die Stromerzeugung vermehrt klimaneutral erfolgt.

Schon seit Jahren verpasst die Stadt bei der Sanierung städtischer Gebäude Chancen, indem große Summen in Leuchtturmprojekte und in Handlungsfelder investiert werden, deren faktische Auswirkungen auf den Klimaschutz sich nur schwer messen lassen. Die von der Stadt

bereitgestellten Mittel für Klimaschutz in Millionenhöhe sollten vor dem Hintergrund der sehr angespannten Haushaltslage vor allem dort zum Einsatz kommen, wo es den größten konkreten und messbaren Nutzen für Klimaschutz, städtische Pflichtaufgaben und für die Verbesserung der Klimabilanz gibt. Diese Schnittmenge sehen wir im Bereich der energetischen Sanierung von Gebäuden, die die Stadt an Kulturinstitutionen und soziale Träger vermietet. Dies dient dem Klima und entlastet die Mieter von hohen Energiekosten.

Wir unterstützen die Vernetzung unserer Betriebe bei der Energieerzeugung und -nutzung sowie beim innovativen Austausch über Energieoptimierungen im Rahmen der Green-Industrie-Parks des Industriegebietes Nord und des Gewerbegebietes Hochdorf. Insbesondere bei der Nutzung der industriellen Abwärme in Wärmenetzen wurden schon hervorragende Erfolge erzielt.

Nachhaltigkeit bedeutet mehr als nur maximale CO₂-Einsparung. Nachhaltigkeit muss gleichzeitig Ökologie, Soziales und Finanzen verbinden und darf das eine nicht auf Kosten des oder der anderen vernachlässigen. Unsere kommunale Klimapolitik muss mehr sein als nur ökologisch nachhaltig. Sie muss vor allem sozial gerecht gestaltet werden und finanziell auf soliden Beinen stehen, damit auch künftige Generationen einen Handlungsspielraum haben.

Wir fordern, dass der ökologische Nutzen einer Sanierung und auch bei Investitionen im Neubau im vertretbaren Verhältnis zu den tatsächlichen Kosten der Maßnahme steht. Dieses Kosten-Nutzen-Verhältnis ist nicht immer gewährleistet. Die optimale energetische Sanierung ist nicht für jeden bezahlbar, auch nicht für die Stadt. Unsere Herangehensweise an den Klimaschutz basiert daher darauf, ein Gleichgewicht zwischen ökologischer und finanzieller Nachhaltigkeit herzustellen. Je mehr die Energieversorgung klimaneutral erfolgt, desto mehr kann von ineffizienten Spitzenanforderungen im Bereich Gebäudesanierung abgewichen werden. Über die fortschreitende CO₂-Bepreisung wird die Energieeinsparung auch wirtschaftlich rentabel. Deshalb müssen nicht die höchsten Sanierungsstandards regulatorisch durchgesetzt werden, sondern man kann die Investitionsentscheidungen dem jeweiligen Hauseigentümer entsprechend seiner finanziellen Leistungsfähigkeit und der baulichen Situation seines Gebäudes überlassen.

Der Klimawandel zeigt deutlich die Notwendigkeit einer Klimaanpassungsstrategie gerade in einer Stadt auf. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten muss daher die Begrünung und Bewässerung der Stadt ausgebaut werden, nicht zuletzt auch durch die Begrünung von Fassaden und Dächern. Im öffentlichen Raum wollen wir Trinkwasserbrunnen und an heißen Tagen

auch Benezelungsanlagen fördern. Im Rahmen der Sanierung städtischer Gebäude muss auf die angemessene Verschattung gerade auch aus gesundheitlichen Gründen und wegen des Arbeitsschutzes ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

13. Wirtschaft, Handwerk und Finanzen

Innenstadt und Handel

Gastronomie, Handel und Hotelbranche leiden noch immer unter den Nachwehen der Corona-Pandemie. Zusätzlich erschwert die Inflation und die damit gesunkene Kaufkraft die Erholung dieser Betriebe. Um die Freiburger Innenstadt als lebendigen Treffpunkt zu erhalten, bedarf es dringend Unterstützung. Stadt, Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe (FWTM), Händler- und Gastrobetriebe sowie der Gemeinderat haben mittlerweile einige Maßnahmen umgesetzt, die die Entwicklungen abmildern, jedoch liegen einfache Lösungen nicht auf der Hand. Auch die CDU-Initiative zum gratis ÖPNV an ausgewählten Wochenenden ist ein Baustein dieses Pakets. Kontraproduktiv sind in diesem Zusammenhang allerdings die erhöhten Parkgebühren. Wir setzen uns zudem für ein kostenloses „Freiburg-WLAN“ innerhalb des Altstadttrings ein.

Für die Belebung der Innenstadt haben wir fraktionsübergreifend bereits einiges unternommen: Pop-Up-Stores, mobile Bepflanzungen, städtische Stühle und der Ausbau der Außenbewirtung auf öffentlichen Plätzen laden mittlerweile zum Verweilen ein. Die Münsterplatzkonzerte sind ein überregionales Highlight, das den Charme der Altstadt mit unserer kulturellen Vielfalt verbindet. Die Aufwertung des Colombiparks ist eine wichtige städtebauliche Maßnahme, die den Park langfristig für Kinder und Familien attraktiv gestaltet und in den Sommermonaten auch den Platz der Alten Synagoge entlastet. Wir sind dem Lokalverein Innenstadt und seinen Spendern dankbar für die finanzielle Unterstützung bei der Neugestaltung des Spielplatzes im Colombipark.

Die Liste der städtischen Maßnahmen wächst und jede von ihnen trägt ihren Teil zur Belebung unserer schönen Innenstadt bei. In den vergangenen anderthalb Jahren haben Gemeinderat, Stadtverwaltung und die Freiburger Innenstadtbetriebe ein attraktives Maßnahmenpaket geschnürt, das allerdings in eine langfristige Strategie eingewoben werden muss.

Handwerk, Mittelstand und Dienstleistungseinrichtungen

Kleine und mittelständische Unternehmen sind das wirtschaftliche Rückgrat unserer Stadt und Region. Sie schaffen und erhalten Arbeitsplätze, ermöglichen Berufsausbildungen und erbringen damit einen großen Anteil am kommunalen Aufkommen der Gewerbesteuer. Sie sind Motor unserer regionalen Wirtschaft und leisten einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Prosperität unserer Stadt. Nicht zuletzt brauchen wir leistungsfähige Handwerksbetriebe auch zur zügigen Umsetzung der Energiewende. Für viele Handwerksbetriebe ist der fehlende Parkraum in verdichteten Wohn- und Geschäftsbereichen gerade auch für große Werkstattfahrzeuge ein massives Betriebshindernis.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass

- keine weitere Erhöhung der Abgabenbelastung erfolgt,
- der bürokratische Aufwand für Betriebe auf jeder Ebene minimiert wird,
- Betriebsstandorte in Freiburg erhalten und gesichert werden. Wir brauchen auch Gewerbeflächen für Erweiterungen und für weitere regionale Betriebe,
- die Attraktivität von Ausbildungsberufen und der dualen Ausbildung erhöht wird,
- die räumliche Ausstattung der Berufsschulen in Freiburg verbessert und die Technik den aktuellen Entwicklungen angepasst wird,
- für Werkstattfahrzeuge temporäre Parkregelungen im Sinne einer Sondernutzung in den bewirtschafteten Parkzonen eingerichtet werden können.

Wirtschaftsfreundlicher Standort: Ausgründungen, Ansiedlungen und Start-Ups

Wir setzen uns dafür ein, Freiburg als wirtschaftsfreundlichen Standort weiter auszubauen. Dazu gehört nicht nur die Ansiedlung neuer Betriebe, sondern insbesondere auch die Pflege der vorhandenen durch ein wirtschaftsfreundliches Klima. Die Einrichtung des gemeinderätlichen Ausschusses für Wirtschaft und Wissenschaft auch auf Initiative der CDU-Fraktion zur Vernetzung der Akteure war dazu ein erster wichtiger Schritt. Der Wohlstand in Freiburg muss insbesondere auch durch unsere Betriebe und Unternehmen erwirtschaftet werden. Dazu gehören auch im städtischen Raum ein Abbau unnötiger und behindernder Bürokratie, standardisierte und einfache Regeln und ein Vermeiden von unnötigen Sonder- und Einzelregelungen für kleine Gruppen.

Über die hervorragenden Forschungseinrichtungen und die Universität mit der Universitätsklinik hat Freiburg zahlreiche Ausgründungen, die sich zu erfolgreichen Wirtschaftsunternehmen entwickeln. Die Forschungslandschaft zieht ihrerseits Ansiedlungen von auch internationalen Betrieben an, die hochwertige Arbeitsplätze schaffen. Beim Zuwachs der Arbeitsplätze ist auch wiederum der Wohnungsmangel ein limitierender Faktor, der angegangen werden muss. Mittel- und langfristig muss Freiburg für die wachsende Wirtschaft auch ausreichend Gewerbeflächen zur Verfügung stellen.

Finanzen

Wir sehen beim Thema städtische Finanzen eine klare Verantwortung für ein nachhaltiges Wirtschaften im Interesse zukünftiger Generationen. Wir halten die Verdoppelung der Schulden der Stadt Freiburg und ihrer Gesellschaften von 800 Millionen Euro im Jahr 2018 auf 1,6 Milliarden Euro im Jahr 2024 für nicht vertretbar und nicht zukunftsfähig. Durch diese massive Schuldenerhöhung nehmen wir zukünftigen Generationen jeden Spielraum für die Gestaltung der Lebensverhältnisse. Hohe Zinszahlungen mindern das verfügbare Budget für neue Investitionen dauerhaft.

Zugleich muss die Stadt handlungsfähig bleiben und dringend notwendige Investitionen tätigen. Deshalb setzen wir uns ein für

- die Nachhaltigkeit aller Investitionen,
- die Kategorisierung aller Ausgaben nach strengen Prioritätsgesichtspunkten. Alle städtischen Ausgaben müssen strikt und regelmäßig auf ihre Effizienz überprüft werden,
- die zeitnahe Durchführung unaufschiebbarer Sanierungsmaßnahmen,
- eine Rückführung der Neuverschuldung auf die schwarze Null,
- eine kritische Hinterfragung aller finanziell relevanten Maßnahmen der Stadt. Freiwillige Leistungen sollen regelmäßig überprüft werden,
- für die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben nach funktionellen und effizienten Standards.

Grundsteuer

Wir sehen das auf Grund der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung veränderte und vom Land beschlossene neue System der Grundsteuerhebung kritisch und halten es für falsch. Die

Steuererhebung allein auf Grund der Grundstücksfläche und des Grundstückspreises berücksichtigt die unterschiedlichen Nutzungen und Gebäudegrößen überhaupt nicht. Wir arbeiten beim Land politisch auf eine Veränderung hin. Für Freiburg fordern wir die Umsetzung der verschiedentlich versprochenen Aufkommensneutralität. Das heißt, der Hebesatz von derzeit 600 muss so weit abgesenkt werden, dass insgesamt keine Erhöhung des Grundsteueraufkommens von derzeit ca. 51 Millionen Euro erfolgt.

14. Wohnen, Bauen und öffentlicher Raum

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist eine der größten gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Gerade in Freiburg stehen das durchschnittlich verfügbare Einkommen und die Mietkosten in einem krassen Missverhältnis. Die Wohnungsnot gerade für einkommensschwache Haushalte zu beseitigen ist unerlässlich, um den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt nicht zu gefährden. Steigende Mieten und aus der Not geborene, unfreiwillige Umzüge ins Umland führen zu Frustrationen, sozialen Verwerfungen und mindern deutlich die Attraktivität unserer Stadt, nicht nur für Arbeits- und Fachkräfte. Deshalb braucht Freiburg nicht nur den neuen Stadtteil Dietenbach, sondern auch weitere Bauprojekte wie zum Beispiel Kleineschholz, Zinklern, Höhe und Hinter den Gärten, die bezahlbaren Wohnraum schaffen. Darüber hinaus müssen weitere Möglichkeiten der Innentwicklung geprüft und maßvolle Innenentwicklungspotentiale realisiert werden. Nur durch ein stark vergrößertes Angebot können wir der Wohnungsnot entgegenwirken.

Die bisherige Fixierung auf 50% sozial geförderten Mietwohnungsbau oder Grundstücksvergabe nur in Erbpacht hat bisher keinen Erfolg gebracht. Auch die vielen Zielkonflikte, die im Wohnungsbau existieren, müssen immer wieder auf den Prüfstand. Hohe energetische und ökologische Standards, die vom Bund vorgegeben und in Freiburg sogar noch übertroffen werden, sowie hohe stadtplanerische Anforderungen an entstehende Quartiere wie Kleineschholz oder an den neuen Stadtteil Dietenbach treiben die Baukosten in die Höhe. Sie dürfen nicht dazu führen, dass sich nur noch Spitzenverdiener eine neue Wohnung leisten können. Wir fordern daher, Rahmenbedingungen zu schaffen, mit denen die Freiburger Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden, wieder selbstständig für bezahlbaren Wohnraum sorgen zu können. Wir müssen immer wieder alle Aspekte und Vorgaben auf den Prüfstand stellen und überlegen, welche Maßnahmen und Bestimmungen unter welchen Bedingungen noch

zeitgemäß sind. Um unser aller gemeinsames Ziel vom bezahlbaren Wohnen zu erreichen, fordern wir eine generell flexiblere Herangehensweise und schnellere Genehmigungsverfahren durch Reduktion der rechtlichen Vorgaben. Denn nur mit mehr Flexibilität und einer ideologiefreien Politik der Vernunft kann ein breites und solides Fundament für eine soziale, einkommensgerechte und zukunftsorientierte Wohnraumpolitik in Freiburg gelegt werden.

Die CDU hat sich intensiv für den geplanten Stadtteil Dietenbach eingesetzt. Im Fokus muss hier das Schaffen von bezahlbarem Wohnraum stehen. Daher ist es uns wichtig, den Stadtteil nicht zu überfrachten: Für den Stadtteil bedeuten ein aus dem Gemeinderat geforderten Mehr an Klimaschutz, ein Mehr an Sportstätten sowie ein Mehr an Kulturräumen immer mehr zusätzliche Kosten, die entweder aus der Entwicklungsmaßnahme heraus oder aus dem städtischen Gesamthaushalt bezahlt werden müssen. Anfang des Jahres 2023 hat die Stadt Freiburg die Entwicklungsmaßnahme Dietenbach Gesellschaft (EMD) von der Sparkasse, also alle Grundstücke und damit die Hauptverantwortung für den neuen Stadtteil im Freiburger Westen übernommen. Die Verantwortung, in Dietenbach bezahlbaren Wohnraum zu erstellen, liegt nun hauptsächlich beim Freiburger Gemeinderat. Wir setzen uns dafür ein, dass überbordende Wünsche nicht zu überbordenden Kosten führen.

Öffentlicher Raum

Freiburg ist eine lebenswerte Stadt. Das hängt auch mit der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zusammen. In einer immer mehr verdichteten Stadt ist es wichtig, gute und grüne Aufenthaltsräume - nicht nur in Parks - zu schaffen und zu erhalten, in denen sich die Menschen wohlfühlen oder ausruhen können. Die Klimaanpassung verlangt hier insbesondere eine gute Verschattung und unter Umständen auch Wasserinstallationen und Vernebelungsanlagen. Immer wieder führen unterschiedliche Nutzungsinteressen zu Konflikten, die wir tolerant und von gegenseitigem Verständnis getragenen Respekt lösen müssen. Wo das im bürgerschaftlichen Dialog nicht gelingt, müssen die Konfliktmediatoren und ggf. der städtische Vollzugsdienst unterstützen.

Junge Menschen benötigen mehr öffentliche Räume, in denen sie sich ohne Konsumzwang aufhalten und in angemessener Lautstärke feiern können. Dazu gehören auch witterungsgeschützte Räume, die bei geschickter Anlage Schallemissionen von Wohngebieten weglenken. Das städtische Platzmanagement muss hier bei der Auswahl exponierter Flächen mit hoher

Nutzungsfrequenz, wie zum Beispiel dem Eschholzpark und dem Dietenbachpark, eine gute Ausstattung schaffen.

Erbpacht

Die Forderung von Grünen, Eine Stadt für alle, SPD und anderen, Grundstücke ausschließlich im Erbbaurecht zu vergeben, verengt die Einnahmesituation von städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen drastisch. Denn neben dem Wohnraum, der geschaffen werden soll, benötigt es immer auch Infrastruktur, also Kita-Plätze, Schulplätze, Anschluss an Bus oder Straßenbahn sowie viele weitere Aspekte.

Wenn Bauwillige nun Grundstücke in Erbpacht erwerben, müssen sie diese aktuell durch eine Einmalablöse der gesamten Erbpacht für die nächsten 75 Jahre bezahlen. Nur durch diese Einnahmen ist eine Finanzierung der nötigen Infrastruktur durch die Stadt möglich. Eine Kreditfinanzierung dieser Ablösesumme durch Banken ist aktuell schwierig, weil die Bank keinen Gegenwert als Sicherheit bekommt.

Wir möchten keine städtischen Grundstücke ohne Not verkaufen. Was wir uns im Kampf um bezahlbaren Wohnraum aber wünschen, ist eine ideologiefreie Flexibilität, die den Mut hat, an vielen Stellschrauben zu drehen. Und da wird das Thema Erbpacht nicht die einzige, aber sicherlich eine wichtige Stellschraube sein. Ausnahmeregelungen für Genossenschaften oder Syndikate würden nicht dazu führen, dass diese gemeinwohlorientierten und gemeinschaftlich organisierten Träger Bodenspekulationen betreiben. Gerade Genossenschaften wollen ihre Grundstücke und ihre Wohnungen vielmehr so lange wie möglich im Bestand halten. Sie bieten preisgünstigen und lebenslangen Wohnraum für ihre Genossen und Mieter. Auch die Syndikate haben kein Volleigentum an ihren Anteilen. Wir wollen hier mehr Raum für Ausnahmen von den derzeitigen Erbpachtregeln.

Schlusswort

Das vorliegende Wahlprogramm zeigt die Ambitionen, die wir für unsere Stadt haben. Es lässt auch erkennen, was wir in der Vergangenheit als Repräsentanten der Stadtgesellschaft eingebracht und bewegt haben.

Wir haben für die kommende Wahl 48 Persönlichkeiten unserer Stadt auf der CDU-Liste, die aus unterschiedlichen Berufen, Altersgruppen und Erfahrungswelten stammen. Sie alle eint das Engagement und der Wille, sich auf der Basis unseres gemeinsamen Wertegerüsts für die Weiterentwicklung unserer Stadt und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt nach bestem Wissen und Gewissen zu engagieren.

Dafür bitten wir Sie um Ihre 48 Stimmen für unsere Liste der CDU.

#EINE STIMME FÜR ALLE

Stichwortverzeichnis

A

Abschiebung.....	15
Abwärme.....	26
Agri-Photovoltaik.....	13
Alemannia Zähringen.....	25
Amt für Öffentliche Ordnung.....	20
Analoge Bevölkerung.....	23
Ansiedlungen	28, 29
Asylverfahren.....	14
Aufkommensneutralität.....	30
Ausgründungen.....	7, 28, 29
Außenbewirtung.....	27

B

B3-neu Umfahrung	19
Bauen	30
Bebelstraße	18
Berufliche Schulen.....	6
Betreuung.....	22
Bewohnerparkgebühren.....	16
Bewohnerparkzonen.....	16
Bildung	5, 12, 22
Bildungsangebote.....	6
Biodiversität.....	13
Biodiversitätsstandort.....	19
Bioenergie.....	25
Bürgerbeteiligung.....	9
Bürgerprojekte.....	25
Bürgerservice.....	8

C

Carsharingfahrzeuge.....	17
Colombipark.....	27

D

Dienstleistungseinrichtungen	28
Dietenbach.....	6, 18, 30, 31
Dietenbachpark.....	32
Digitale Infrastruktur	8
Digitalisierung	8, 23
Digitalisierung aller Schulgebäude.....	5
Dreisamstadion.....	24
Drogenkonsumraum	11

E

Ehrenamt	9
Ehrenamtskarte.....	9

Einwanderung.....	14
energetische Sanierung.....	26
Energie	25
Energieeinsparung.....	25, 26
Erbpacht.....	30, 32
Erwachsenenbildung	6
Eschholzpark.....	32

F

Fachkräfteanwerbung.....	14
Fachkräftemangel.....	5, 9, 10, 14
Familie	21, 22
Fasnacht.....	11
Feste.....	11
Festivalkonzept	12
Feuerwache Freiburg-Kappel.....	10
Feuerwehr.....	9
Finanzen.....	25, 26, 27, 29
Flugplatzes	19
Forschung	5, 7, 8
Fraunhofer Institut.....	7
Freizeit	11
Frühkindliche Bildung	5
Fußgänger	16
FWTM.....	27

G

Ganztagesbetreuung.....	5
Gebäudesanierung.....	26
Gemeinschaftsschulen.....	6
Genehmigungsverfahren.....	31
Genossenschaften.....	25, 32
Gesundheit	10
Gewerbsteuer.....	28
Grundsteuer	29
Grundstücksvergabe.....	30
Gymnasium am Tuniberg.....	6

H

Handel	27
Handwerk	27, 28
Handwerksbetriebe.....	16, 28
Hauptbahnhof.....	17
Hilfsorganisationen	9
Hinter den Gärten.....	30
Hochdorf.....	18, 26
Hochschulpolitik	7
Hochschulstandort Freiburg	7
Höhe.....	30

Hotelbranche	27
--------------------	----

I

Innenstadt	12, 17, 21, 27
Innentwicklung.....	30
Integration	9, 11, 14, 15, 23, 24

J

Jugend	21, 22, 23, 24
Jugendliche.....	22, 24, 25

K

Kinderbetreuung	22
Kindergartengebühren	22
Kindergartenplätze	22
Kita-Plätze.....	5
Kleineschholz.....	30
Klimaanpassung	31
Klimaanpassungsstrategie	26
Klimaschutz	25, 26, 31
Konfliktlösung.....	20
Konfliktmanagement	20
Konfliktprävention	20
Kriminalität	21
Kultur	7, 9, 11, 12
Künste	11
Künstliche Intelligenz	8

L

Landespolizei	21
Landschaftspflege.....	13
Landwirtschaft	13
Liste der CDU	33
Littenweiler	17
Lückenschluss	18

M

Max-Planck-Institute	7
Mietwohnungsbau	30
Migration	14
Mittelstand	28
Mobilität	15, 25
Mobilitätspolitik	15
Münster	12
Münsterbauverein.....	12
Münstermarkt	13
Münsterplatzkonzerte	13, 27
Museen	11
Musik	11, 12
Musikschule	12

N

Nachbarschaftshilfe.....	9
Nachhaltigkeit	26, 29
Nachtmediatoren	20
Nachtruhe.....	20
Nutzungsinteressen	31
Nutzungskonflikten.....	20, 21, 23

O

öffentlicher Raum	30
Öffentlicher Raum	31
ÖPNV	15, 17, 25, 27
ÖPNV-Netz	17
Ordnung	20
Organtransplantationsflüge	19

P

Parkanlagensatzung.....	21
Parkgebühren	15, 27
Pflege	9, 10, 14
Pflegedienste	10
Photovoltaik	13, 25
Plätzen	16, 21, 22, 27
Platzmanagement	20, 23, 31

Q

Quartiersarbeit	9
-----------------------	---

R

RadNetzplus.....	16
Räumen	9, 22
Regio-S-Bahn.....	17
Rettungsdienste	9
Rettungshubschrauber.....	19
Rettungszentrum	10

S

Sanierung aller Schulen	6
Sankt Georgen.....	18
Schallemissionen	31
Schienennetzes.....	17
Schnellbusverkehr	18
Schulden	29
Schule	5, 6
Schulhöfen	23
Senioren	21, 22
Seniorenpolitik.....	23
Sicherheit	16, 20, 32
Sitzgelegenheiten	16
Sonderpädagogischen Schulen.....	6
sozialen Marktwirtschaft.....	21

Spielplätzen	23
Sport	7, 23, 24
Sportentwicklungsplan	24
Sportflächen	24, 25
Sportinvestitionsfonds	24
Sportvereine	9, 23, 24
Stadtbahnlinie	17
Stadtbau	22
Stadtteilbauernmärkte	13
Stadttunnel	18
Start-Ups	7, 28
Steuereinnahmen	21
Stiftungen	23
Strafjustiz	21
Studierendenwerk Freiburg	7

T

Taubenhäuser	14
Tempo 50	16
Tiefengeothermie	25
Tierschutz	13, 14
Treffs	22
Tuniberg-Ortschaften	18

U

Übungsleiter	24
Umwelt	4, 25

V

VAG	17
Veranstaltungen	11
Vereine	6, 9, 11, 22, 24
Verkehr	15, 16, 17
Verschattung	31
Videokameras	21
Volksmusik	13
Vollzugsdefizit	20
Vollzugsdienst	16, 20, 31

W

Wärmenetze	26
Wärmeversorgung	25
Wasser- und Windkraft	25
Werkstattfahrzeuge	28
Werte	4
Willkommenskultur	15
Wirtschaft	21, 27, 28, 29
Wissenschaft	7
Wohnen	30, 31
Wohnraum	11, 30, 31, 32
wohnungslose Menschen	22
Wohnungslosigkeit	21

Z

Zähringen	19, 25
Zinklern	30
Zuschüsse	9, 17
Zuwanderung	14
zweiter Bildungsweg	6

Gut aufgestellt für Freiburg

EINE STIMME FÜR ALLE

**CDU
Kreisverband Freiburg**

Eisenbahnstrasse 64
79098 Freiburg i. Br.
+49 (0) 0761-3876620
info@cdu-freiburg.de

facebook
instagram

cdu-freiburg.de

